

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Jungvork“, „Die rote Glocke“
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermendorf, Seitzendorf, Neu-Salzbrunn, Weikwitz, Wankersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10gepaltene Mittelzeile od. deren Raum 100 Wobspennig; Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verrents- und Besammlungsanzeigen 5 Wobspennig; — Rest am Preis: Die Mittelzeile, 5gepaltene ober deren Raum im Zeit 50. Wobspennig

Freitag, 9. Januar 1925.

Verandpreis: Der wöchentlich 5maligen Erscheinung monatlich 5 Wobspennig; 50 Pf. Einzelne. Durch Streifenhol. u. 10. 12. 13 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Teichbuser Straße 50. — Postkontonr. 100 11 — Fernsprech. Breslau 1100 343

Aus dem Barmatsumpf.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 9. Januar.

Die Regierungsstellen haben es mit den Untersuchungen im Barmatprozess durchaus nicht eilig. Der mit der Untersuchung vertraute Staatsanwalt besucht nach dem Bericht des „Tag“ sämtliche Werte des Barmatkonzerns, um sich ein Bild über die Lage des Konzerns zu machen. Es hat fast den Anschein, als ob man die Barmatangelegenheit, an der die höchsten Reichsstellen aktiv beteiligt sind, allmählich wieder in der Dunkelheit verschwinden lassen will, denn es bestätigen sich in den letzten Tagen die Vermutungen über die Beteiligung hoher Regierungsstellen in der Barmataffare.

Der Zentrumsreichtagsabgeordnete Dr. Hoelle, der zugleich an der Spitze der Reichspost steht, hat gestern sein Reichstagsmandat niedergelegt, weil er tatsächlich der Barmatgesellschaft 45 Millionen Kredite aus den Ueberresten der Reichspostverwaltung gegeben hat. Zwar bestreitet Hoelle in einem Dementi an die Zentrumspresse seine Mandatsniederlegung. Doch mag auch die Meldung noch verfrugt sein, so steht doch fest, daß das Zentrum Hoelle und Lange-Segermann fallen gelassen hat und sie deshalb ihre Mandate werden niederlegen müssen.

Obgleich Hoelle an der Spitze der Reichspost steht, hat er nicht das Recht, Kredite zu verleihen, sondern Anordnungen dieser Art bedurfen immer der Gegenzeichnung eines Ministerialdirektors. Diese Gegenzeichnung ist nicht erfolgt, und so sind Barmat allein in den letzten Monaten des verstrichenen Jahres 45 Millionen von der Girostelle der Reichspost ausgehaft worden.

Neben dem Sozialdemokraten Hellmann war noch der Zentrumsabgeordnete Lang er-Segermann ein ruhiges Aufsichtsratsmitglied bei verschiedenen Gesellschaften des Barmatkonzerns. Wir merkten bereits, daß dieser Zentrumsabgeordnete seine Posten im Konzern niedergelegt hat. Diese Herren werden plötzlich „moralisch“ und auch Segermann hat gestern sein Reichstagsmandat niedergelegt.

Der Sumpf, in dem die deutsche Republik steckt, wird immer größer. Reichsminister als Geldgeber für den Schieberkonzern! Wann wird die Verhaftung Dr. Hoelles erfolgen? Wann werden die bürgerlichen und sozialdemokratischen Aufsichtsräte des Barmatkonzerns vor die Gerichte zitiert? Die Untersuchung im Barmatkonzern wird zur Verhulung, denn der Staatsanwalt will im Interesse der „Reichssicherheit“ den Weitergang des Verfahrens unterbinden. Die Stuhlungsfaktion für den Barmatkonzern wird fortgesetzt, um dann sagen zu können, daß alles in bester Ordnung sei.

Welch ein erscharendes Bild der deutschen Republik zeigt diese Affäre! Die höchsten Reichsstellen liegen mit den höchsten Schiebern Deutschlands unter einer Dede. „Sozialisten“ sind Aufsichtsräte und Aktionäre des größten Schieberkonzerns der Welt. Sie rühmen sich dessen noch. Bürgerliche Minister und Abgeordnete fühlen sich, nachdem die Schweimeereien an die Deckenlichkeit gekommen sind, in ihrer Ehre gekrant und legen ihre Mandate nieder. Finanziers erschrecken sich. Alte reaktionäre Seantle besaufen sich, bevor sie zum Untersuchungsrichter gehen. Sozialdemokratische Lumpen bekommen das Vertrauen der Parteimitglieder ausgesprochen.

Die Barmataffare ist eine Affäre der deutschen Republik. Während wir hier in deutscher Weltkatzen am Hungerkampfe nagen, belustigen hohe Personalitaten der deutschen Republik mit dem Barmatkonzern.

Die werktätige Bevölkerung verlangt ein energisches Durchgreifen und Aufdeckung der Karten, die hinter den Kulissen gemischt werden. Das endgültige Urteil über die Verschacherer und Ausbeuter des deutschen Volkes werden die Verantwortlichen selber fällen.

Die Freundschaft Barmat-Ebert.

Nach einer Meldung der Daily Mail besuchte Julius Barmat, der Leiter des Barmatkonzerns, im September in London eine Anleihe von 1 Million Pfund Sterling abzuschließen. Obwohl er Empfehlungsbriefe der Preussischen Staatsbank vorlegte, führten die Anleihebedingungen zu keinem Ergebnis. Durch ein Empfehlungsbreiben der Führer der deutschen Sozialdemokratie wurde ihm ein Besuch bei dem damaligen Premier Ramsey MacDonald ermöglicht. Barmat hat seine Freundschaft mit dem Reichspräsidenten Ebert in die Wagschale geworfen.

„Zu Eunich des Reichspräsidenten“

Die „Deutsche Zeitung“ teilt den amtlichen Bericht des Reichspräsidenten in Amsterdam vom 9. Oktober 1919 mit, in dem eine sehr ungunstige Auskunft über Barmat erteilt wird. Nach dieser amtlichen Schrift unterdrückte Barmat in rückständiger Weise jedes für ihn ungunstige Schreiben. Zu Grund der ungunstigen Auskunft über Barmat wurde ihm anginglich in Amsterdam die Einreise nach Deutschland wiederholt verweigert und auf Weisung des Auswärtigen Amtes kein dauerlich-vermerk erteilt. Dagegen ist ihm, so heißt es im amtlichen Bericht, von Berlin aus auf Wunsch des Reichspräsidenten ein Dauereinfahrtsermerk für drei Monate erteilt worden.

Richterlicher Haftbefehl gegen Barmats.

Wie der Amtliche Preussische Pressebericht erfährt, ist gegen die drei Brüder Julius, Henry und Jaak Barmat richterlicher Haftbefehl ergangen. Salomon Barmat ist auf freien Fuß gesetzt worden, weil mit Ruckicht auf seinen ungunstigen Gesundheitszustand Fluchtverdacht nicht besteht. Wegen die vier Brüder Barmat sowie gegen Ministerialdirektor a. D. Raub, Oberfinanzrat a. D. Hellwig, Finanzrat Ruhe, Kaufmann Fritz Wolff, Rechtsanwalt Rabinowitsch, Direktor Alfred Staub und Kaufmann Bruno Klenzke ist von der Staatsanwaltschaft Groffnung der gerichtlichen Voruntersuchung beantragt worden. Auch gegen Ruhe ist nunmehr richterlicher Haftbefehl erlassen worden; gegen Raub, Hellwig, Rabinowitsch, Klenzke, und Staub war er bereits erlassen worden. In der Anwesenheit Kuttischer ist Groffnung der gerichtlichen Voruntersuchung gegen die Beschuldigten beantragt worden.

Also doch! Der Sozialdemokraten sehnstichtige Bitte um Freilassung seiner Freunde Barmat ist nicht erhört worden. Nur einen lat man mit Ruckicht auf den „ungunstigen Gesundheitszustand“ laufen. Ob das wohl je bei „gewöhnlichen“ Gefangenen aus dem Proletariat vorkommt?

Der Deckungsschwindel.

Wir haben schon darauf hingewiesen, mit welchen eigenartigen Methoden die Staatsbank und die Reichspost Fedung für die Kredite suchte, die sie an die drei Groschieber Kuttischer, Barmat und Michael gab. So ließ die Reichspost das Geld, das sie den Barmats pumpte, durch die Deutsche Girobank beden, während die Seduna der Girobank durch die Reichsbank gedeckt wurde.

Aber Barmat hatte, noch eine weitere Fedung durch die Allgemeine Garantie-Bank-Versicherungs AG. Was ist das für ein Unternehmen? Das ist eine Versicherungs-Gesellschaft, die selbst zum Barmatkonzern gehört und durch die der Barmatkonzern sich selbst versichert.

Die Herren Regierungsmanner, die solchen Deckungsschwindel mitmachen, sind alle ehrenwerte Leute. Sie bleiben in Amt und Würden und schieben munter weiter.

Eine „Richtigstellung.“

Berlin, 9. Januar.

Die „Berlisch-Märkische Zeitung“ schreibt: „Das amtliche Dementi, wonach es unrichtig sei, daß Julius Barmat für seine holländischen Geschäfte ein Empfehlungsbreiben des Reichspräsidenten Ebert in den Händen gehabt habe, ist nur insofern ernst zu nehmen, als es sich um ein Empfehlungsbreiben nicht des Reichspräsidenten, sondern des Volksbeauftragten Ebert gehandelt hat. Mit Hilfe dieses Empfehlungsbreibens hat Barmat seinerzeit bei der Firma Riberger in Amsterdam den Marmeladenverkauf für Deutschland satigen können, wobei er zu ungunsten der breiten Masse, namentlich im Ruhrrevier, gewaltige Ueberpreise erzielte.“

Noch immer Kuhhandel um die Regierungsposten.

Die Presse uberlagt sich mit Meldungen über die Regierungsbildung. Geschaftskabinett, Kabinett der wirtschaftlichen Personalitaten, uberteilliches Kabinett waren gestern die Parolen. Heute steht die Sache schon wieder anders aus. Man will eine Reichsregierung nur von Demokraten und Zentrumsleuten bilden. Allerdings schon wieder mit einem Fragezeichen.

Das arbeitende Volk kann sich diesen Kuhhandel nicht länger gefallen lassen. Seit über einem Monat geht nun der Schächer vor sich. Während dieser Zeit nimmt die Verelendung der deutschen arbeitenden Schichten immer größeren Umfang an. Die Schiedspruche, die gefällt wurden, bedeuten die systematische Ausbeutung der deutschen Arbeiter. Der Unternehmerangriff hat nach dem 7. Dezember erneut eingesetzt. Die Sozialdemokraten haben den Arbeitern vorgeschwagt, daß der Reichstag, wenn er richtig zusammentritt, für den Arbeitern helfen werde. Was aber sehen wir? Nichts als parlamentarische Schiedlungen, nichts als Verrat, nichts als persönliche Schiedlungen der führenden Reichspolitiker in der Barmat- und Kuttischerangelegenheit. Die Schiedspruche im Bergbau haben die Erbitterung der Kumpel hervorgegerufen. Schiedspruche in der Metallindustrie sind wahre Hungerschiedspruche. Während das Unternehmertum diktiert streiten sich die „politischen Köpfe“, allen voran die Sozialdemokratie, um die Zusammensetzung der Regierung und bringen es nicht fertig, dieselbe zu bilden. Die Lage der Arbeiter wird sich weiter verschärfen. Das Parlament wird weiter unfähig bleiben. Die Arbeiter müssen den Kampf aufnehmen für bessere Schiedspruche! Sie müssen so lange kämpfen, bis das Parlament fortgesetzt und ersetzt wird durch das Rateparlament.

„Sie beeinflusst in keiner Weise die Lage.“

So meldet das Reuters-Buro über den Empfang der deutschen Proletariate an die Allierten. Sie bedarf keines weiteren Kommentars.

Es springt man mit dem Balkan-Deutschland um, das einst eine Weltmacht war!

Genosse Rosenbaum aus der Haft entlassen.

Der Reichstagsabgeordnete, Genosse Rosenbaum, ist gestern aus der Haft entlassen worden. Die Abgeordneten Rosenberg, Pfeifer, Hoelle und Sedert sollen noch hängig noch nicht entlassen werden.

Barmat, Raab und die Gewerkschaftstaktik.

Vor einer Woche meldete das „Berliner Tageblatt“, daß der ADGB-Gewerkschaftsleiter beim Barmatkonzern deponiert habe. Dieses Geld sei durch den drohenden Zusammenbruch des Konzerns wahrscheinlich verloren. Der ADGB fandte eine matte Berichtigung: Es ist jedoch anzunehmen, daß bei der engen Verknüpfung der Interessen der SPD mit denen der Gewerkschaft Barmat, bei dem freundschaftlichen und geschäftlichen Verhältnis führender Sozialdemokraten zu diesen Schiebern, bei der warmen Fürsprache, die die Barmats von der SPD erfahren, das sehr gut orientierte „Berliner Tageblatt“ die Wahrheit berichtet.

Nicht die Tatsache, daß der Barmatkonzern krachen geht oder daß jetzt endlich seine Schieberereien ans Tageslicht kommen, ist das Blamable für die Gewerkschaften, sondern die grundsätzliche, enge Verknüpfung von Gewerkschafts- und Kapitalinteressen, die heute bei der deutschen Gewerkschaftsburokratie gang und gäbe ist. Die Entristung der Arbeiter über den ADGB wäre nicht minder groß, wenn der Barmatkonzern noch in voller Blüte stünde und keine seiner Schieberereien ans Tageslicht gekommen wäre.

Der Barmatfall wirkt ein grelles Schlaglicht auf den tiefen Verfall der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Aber dieser Verfall beginnt nicht mit dem Jahre 1924 des Barmatfalls, nicht mit dem Jahre 1918, als die ersten Fäden zwischen den Barmats und führenden Sozialdemokraten geknufft wurden, nicht mit dem Jahre 1914, als die gesamte SPD und Gewerkschaftsburokratie in die wilhelminische Kriegsfrente einrückte, er reicht noch weiter zurück. Der Breslauer Kalksteinfabrik, ein Barmatfall im Kleinen, zeigt deutlich die ersten Anfänge der revisionistischen Verelendung der Gewerkschaftsbewegung.

Im Jahre 1907 wurde die Breslauer Genossenschaftsbrauerei gegründet. Zu den Gründern gehörte — — — der Breslauer ADGB. Er erwarb einen größeren Posten Genossenschaftsanteile und schickte den Genossen Raab als seinen Vertreter in den Aufsichtsrat. Das war in den Jahren, als die Sozialdemokratie noch als revolutionäre Partei und die Freien Gewerkschaften noch als Kampforganisationen galten.

Wir wissen, daß in der alten Sozialdemokratie bereits drei Flügel bestanden: die Rechte, die Mitte und die Linke. Der Hauptfeind der marxistischen, revolutionären Linken war die sozialistische Partei eroberte und sich unterwarf. So konnte es kommen, daß ein freigewerkschaftlicher Ortsausschuß, der geschaffen war, um den Klassenkampf der Arbeiter gegen das Kapital zu leiten, eine derartig enge Verbindung mit einem ortskapitalistischen Unternehmen einging, ohne daß die sozialdemokratische Partei Protest dagegen erhob und ohne daß den Mitgliefern dieser Verrat an den Arbeiterinteressen bekannt wurde.

Die Genossenschaftsbrauerei ist ein privatkapitalistisches Unternehmen. Sie bezahlt wie alle privatkapitalistischen Unternehmen, ihre Aufsichtsräte sehr nobel, um die Aufsichtsräte umso enger an sich zu fesseln und bei den Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital in ihnen eine sichere Stütze gegen die Arbeiterkassette zu haben.

Dieselbe Sozialdemokratie, die über die Korruption in den bürgerlichen Parteien hohnte und die zahlreichen Aufsichtsratsposten der bürgerlichen Abgeordneten als Zeichen bürgerlicher Korruption vor den Arbeitermassen enthüllte, schickte selber einen der ihren in einen bürgerlichen Aufsichtsrat. Wollte sie auf diesem Wege den Sozialismus verwirklichen, das Kapital überwältigen und vernichten und die Macht erobern?

Das glaubt wohl kein Kind. Nein, die Herren Führer der SPD, lösten für sich selbst die soziale Frage, sie hörten auf, Arbeitervertreter zu sein.

Wenn heute, siebzehn Jahre danach, ein führender Sozialdemokrat, Mitglied der schlesischen Bezirksleitung der SPD, der Pressekommission der „Volksmacht“, der Breslauer Lokalkommission, der Breslauer Stadtverordnetenfraktion der SPD, Geschäftsleiter des Breslauer Gewerkschaftshauses, „Genosse“ Raab, in einer zweiten Gesellschaft, in der Lungsparkel-A.-G. Aufsichtsrat werden kann, so ist das nur die konsequente Fortsetzung der revisionistischen Taktik, die schon viele Jahre vor dem Weltkrieg in den Freien Gewerkschaften angewandt wurde.

Was ist der grundsätzliche Unterschied zwischen Freien und Gelben Gewerkschaften?

Die Freien Gewerkschaften sind aufgebaut auf dem Grundsatze des unüberbrückbaren Klaffengegensatzes von Kapital und Arbeit. Die Gelben Gewerkschaften lehnen die Klassen-gemeinschaft zwischen Proletariaten und Kapitalisten. Deshalb lehnen es die Freien Gewerkschaften ab, sich vom Unternehmertum finanzieren zu lassen, während umgekehrt die Gelben Organisationen vom Unternehmerrgeld leben.

Die Burokratie der Freien Gewerkschaften erklärt heute offen, daß die Interessen der Arbeiter und Kapitalisten einander parallel laufen: Den Arbeitern geht es gut, wenn es den Kapitalisten gut geht, — den Arbeitern geht es schlecht, wenn es den Kapitalisten schlecht geht. Damit gibt die Gewerkschaftsburokratie offen den alten Grundgedanken des Klassenkampfes an. Sie hat, wenn sie konsequent sein will, keine Veranlassung,

Unternehmern... finanziellen zu lassen...
Die mitgliederreichsten Gewerkschaften werden der Arbeiterkammer nichts nützen, wenn ihre Mitglieder Verbände und gelauerte Freunde der Kapitalisten sind.

Die mitgliederreichsten Gewerkschaften werden der Arbeiterkammer nichts nützen, wenn ihre Mitglieder Verbände und gelauerte Freunde der Kapitalisten sind. Die Gewerkschaften müssen die alte Lehre des Klassenkampfes wieder zu ihrem Recht machen, wenn sie zu Hilfsmitteln im Bestreben der Arbeiterkammer werden sollen.

Darum muß der sozialdemokratische und parteilose Arbeiter sich entscheiden, welchen Weg er beschreiten will: Den der Aufsichtsräte und Privatsekretäre, den ihm die SPD, weiß, oder den der Betriebs- und Arbeiterräte, den die KPD, ihn führt. Einen dritten Weg gibt es nicht.

Diktatur im Reichstag.

Wird wahr: schon die Regierungskrise, die nicht nur für das Reich, sondern auch für die Kontinentalrevolution das Problem der Macht immer mehr aufrollt. Die getriggerte Reichstagslösung war kurz vorläufig befristet. Die Reichstagslösung ist die Sozialdemokratische Partei, die die Reichstagslösung einzuwickeln will. Die Reichstagslösung ist die Sozialdemokratische Partei, die die Reichstagslösung einzuwickeln will. Die Reichstagslösung ist die Sozialdemokratische Partei, die die Reichstagslösung einzuwickeln will.

Parlamentarität der SPD. und der KPD.

Einer der Hauptgründe für die Arbeiterfeindschaft der Politik aller Parlamente ist die Verantwortungslosigkeit und Befreiung der Parlamentarier von aller Kontrolle durch ihre Wähler. Bevor die Abgeordneten gewählt werden, versprechen sie den Arbeitern das Blaue vom Himmel. Sind sie gewählt, so sind alle Versprechungen vergessen. Bis zur nächsten Wahl, die nach Jahren stattfindet, sind ihre Pflichten vergessen.

Bürgerliche Intellektuelle für die Amnestie.

Sie, Welt am Abend, ein Berliner politisch neutrales Blatt, hat an die bekanntesten Vertreter der deutschen Intellektuellen eine Rundfrage über die Amnestie gerichtet und veröffentlichen am Dienstag einige Antworten.

„Da es sich bei Straftaten, die auf Grund politischer Einstellung geschehen, niemals um persönliche Minderwertigkeit, um Moral insoweit handelt, scheint mir eine allgemeine Amnestie die einzige Lösung. Schon um die Klassenmäßig bestimmte Schärfe oder Milde aller solcher Urteile gleichwertig auszugleichen.“
gez. Max Dert.

„Wenn die Republik mehr als ein „Bourgeoisstaat“ sein will, darf sie nicht 7000 politische Gefangene eingesperrt halten. In eine Republik soll auch die Amnestie demokratisch gehandhabt werden, d. h. alle umfassen, nicht nur die „Monarchisten“.“
gez. Otto Flate.

„Solange der greuliche Grundgesetz herrscht, große Verbrecher laufen zu lassen. Keine zu hängen; — so lange bedeutet Amnestie das Weltmachen eines Unrechts.“
gez. Alfred Kerr.

„Jeder gerecht denkende Deutsche muß die politische Amnestie wünschen. Schon ganz abgesehen davon, daß sie zur politischen Veruhigung und Gesundung beitragen würde. Denn jeder fühlt mit Scham, daß die Inhaft auf dem politischen Gebiet nicht die nötige Objektivität und Unparteilichkeit aufgebracht hat. Diese politische Amnestie herbeizuführen heißt: heute eine elementare Pflicht der Gerechtigkeit erfüllen.“
gez. Albert Einstein.

„Ich bin natürlich für die Amnestie. Sie fragen mich wohl nur der Form wegen. Auch halte ich eine Begründung des Verlangens nach Amnestie schon gar nicht mehr für notwendig; sie ist längst fällig.“
gez. Heinrich Mann.

Amnestieheutler.

Die Sozialdemokraten haben sich in den letzten Tagen als Amnestieheutler aufgeführt. Sie tun so, als ob es in Wirklichkeit nicht um die Freiheit der politischen Gefangenen, sondern um die Freiheit der Kommunisten, die es gern sehen würden, wenn ihre Opfer nicht befreit würden. Sie stimmen gegen die Amnestieanträge der Kommunisten im Reichs- und Landtag, denn sie hätten ihren eigenen Antrag, der wahrscheinlich durchgehen wird. Die Breslauer „Volkswacht“ veröffentlicht gestern den Amnestieantrag der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag. Nach diesem Antrag sollen amnestiert werden: die Gefangenen vom Jahre 1919 im Zusammenhang mit den Unruhen in Bayern, vom Jahre 1921 im Zusammenhang mit den Märzunruhen, vom Jahre 1923 im Zusammenhang mit den Lebensmittelunruhen, dem Einmarsch der Reichswehr in Saargebiet und mit Kundgebungen für die republikanische Staatsform.

Es heißt weiter in dem Antrag, daß von der Straffreiheit ausgeschlossen sind die Personen, die sich ein Verbrechen gegen das Leben oder der schweren Körperverletzung, oder des schweren Raubes, oder der Brandstiftung, oder der vorläufigen Gefährdung eines Eisenbahntransportes, oder des Gebrauchs von Sprengstoffen schuldig gemacht haben.

Es ist schon der Amnestieantrag als solcher nur eine halbe Sache, so sind die Ausnahmen, für die keine Straffreiheit gewährt werden soll, ungeschmeichlich. Mit diesem Antrag der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist in Wirklichkeit nichts geändert, denn meistens die meisten proletarischen Gefangenen liegen aus der Urteilsliste der Kommunistischen Partei und die anderen, auch wenn sie sich politisch vergangen haben, wurden auf Grund unpöhliger Geschehnisse verurteilt. Dieser Antrag der Sozialdemokraten wird nur noch den wenigen Faschisten, die noch sitzen, zugute kommen. Die verurteilten hat Wolfgang Heine, Richter des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik, selbst diesen Antrag entworfen. Es ist selbstverständlich, daß der Sozialdemokrat Heine der selbst die Kommunisten zu ungehörigen Strafen verurteilt. Sie machen nicht amnestieren wird. Der Antrag ist nichts weiter als eine der vielen Heucheleien, die die Sozialdemokraten täglich treiben.

Au den Reichstag.

Amnestie-Telegramm.
Wir fordern die sofortige Freilassung aller politischen proletarischen Gefangenen!
Die Delegierten der Roten Werkstätten.

Immunitätsbruch durch die Bremer politische Polizei.

Heute Morgen wurde in der Wohnung des Bürgerkassiers, Abgeordneter und Redakteur der „Bremer Volkszeitung“, Genossen Fritz Olsig von zwei Beamten der politischen Polizei unter Bruch der Immunität eine Hausdurchsuchung abgehalten. Die Beamten sauberten angeblich nach Material der Roten Hilfe. Das ist ein mindiger Vorwand, denn nachweislich hat der Genosse Olsig nie irgendwelche Funktionen in der Roten Hilfe ausgeübt. Die sozialdemokratische Presse am Ort hatte am Tage vorher eine vier Spalten lange Berührungspfung und Denunziation der führenden Bremer Genossen versucht.

Wie man mit entlassenen Gefangenen umspringt.

Nach Verbüßung von 18 Monaten Gefängnis wegen Diebstahls wurde der Arbeiter Seehafer aus dem Neustädter Gefängnis in Oberschlesien entlassen und ihm eine Freifahrtkarte nach Kiel überreicht. Obwohl er erst am 31. Dezember nachmittags entlassen wurde, war die Fahrkarte bereits am 29. Dezember ausgestellt worden, so daß sie beim Umsteigen in Berlin ihre Gültigkeit verloren hätte. Er verweigerte daher ihre Annahme und fuhr auf eigene Kosten nach Breslau, wo er sich beim Strafvollzugspräsidenten beschwerte. Dort wurde er von einem Justizrat, der den Präsidenten vertritt, lächerlich abgewiesen. So springt man in der deutschen Republik mit diesen ramen Teufeln um und wundert sich, wenn sie durch die Not zu neuen Diebstählen gezwungen werden und ins Gefängnis zurückkehren.

15 Jahre Zuchthaus für Genossen Ruthenberg!

Einer Kabelmeldung aus New York zufolge hat der Oberste Gerichtshof von Michigan den Genossen E. C. Ruthenberg, den Führer der amerikanischen Arbeiter- (Kommunistischen) Partei, zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Im Sommer 1922 schon wurde der Prozeß gegen den Genossen Ruthenberg und 71 andere amerikanische Kommunisten begonnen. Die Kommunistische Partei Amerikas, die damals noch illegal war, hat in Bridgman-Michigan einen illegalen Parteitag abgehalten, der durch einen Spion der Polizei denunziert wurde. Während ein Teil der Genossen noch schlafen konnte, wurden die übrigen sofort verhaftet. Den Genossen Folter mußte das Gericht, da es keine Beweise gegen ihn hatte, zahnlos freisprechen.

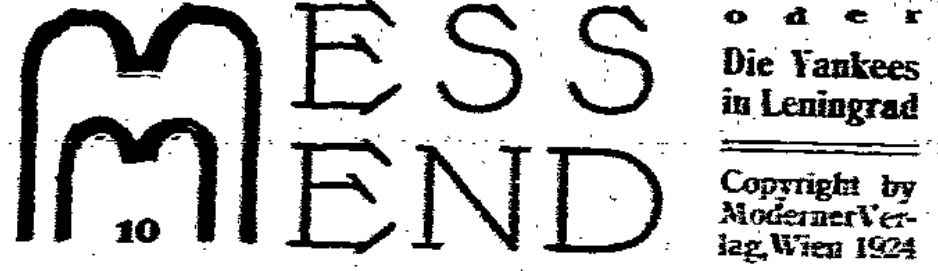
Der Prozeß Ruthenberg spielte sich unter anderen Umständen ab. Durch einen wahrhaft heldenmütigen Kampf vor dem Gericht hat Ruthenberg, der Gründer und Führer der Kommunistischen Partei Amerikas, die Legalität der kommunistischen Organisation erlangt. Die Bourgeoisie rächt sich dafür mit 15 Jahren Zuchthaus, obwohl als einziger Angeklagter nur die theoretische Stellungnahme für den Sturz der Regierung in Frage kam. Das Zuchthaus wird der Genossen Ruthenberg nicht brechen. Er sah schon, und nicht nur einmal jahrelang in den Gefängnissen der amerikanischen Bourgeoisie.

Polonisierung der ostoberschlesischen Industrie.

Die polnische Regierung nutzt ihre staatliche Macht auf, um der Verdrängung des deutschen Kapitals aus der ostoberschlesischen Industrie nachzuhelfen. Vor zwei Jahren gab es noch keine polnischen Gruben- und Hüttenbetriebe in Ostoberschlesien. Heute weiß die Liste der ostoberschlesischen Großindustriellen bereits 286 polnische Namen auf. Da auch Deutsche berücksichtigt werden wenn sie die Umwandlung aus einem Deutschen in einen Polonisierten durchzuführen, befinden sich auf dieser Liste die Namen verschiedener deutscher Karriereemacher.

Jetzt ist eine der wichtigsten Kohlenbergbau-Gesellschaften, die Polesie, in polnische Hände übergegangen. Sie ist ein Unternehmen, das von einem Generaldirektor beiratet worden.

Eine der größten Hütten von Polnisch-Oberschlesien, die Vereinigte Königs- und Laurahütte gibt jetzt mehrere 17 Prozent ihrer Aktien an polnisches Kapital ab und nimmt drei Polen in die Direktion und in den Aufsichtsrat auf. Die Berliner Laurageellschaft bleibt für die relativ unbedeutenden deutschen Betriebs- und Handelbetriebe bestehen. Sie erhält 83 Prozent der Aktien der polnischen Gesellschaft, wird also eine Art Holding-Firma, das heißt eine Firma, die keine eigenen Geschäfte macht, sondern nur die Werte derjenigen Firmen verwahrt deren Beauftragte sie ist und für die sie weitere Aktienkäufe und Aktienübertragungen zu tätigen hat.



Die Yankees in Leningrad
Copyright by Moderner Verlag Wien 1924

„Sagen Sie mir“, hästerte sie leise, „wie heißt der Vertreter von Müller Kraft?“

Der Regier schaut sie von unten bis oben an, funkelte immer noch hinter mit den Augen und antwortete ebenmäßig leise:

„Der leibhaftige Teufel ist es, Miß. Jedem, der mit ihm zu tun hat, bringt er Unheil, aber seinen Namen kann ich Ihnen nicht sagen. Ich weiß nur, daß seine Gehäusen von ihm als Senator Gregorio groß tun.“

Miß Orton ließ die Treppe hinauf und, ohne sich noch einmal umzusehen, betrat sie die Kammer.

Dies waren die ehemaligen: Gehäusen Kraft's, sein junger Sekretär Drauf und vier kleine, dunkelgelbige Menschen, die sich Mühsal bemühten, ihm über die Schulter zu blicken. Sie waren offenbar mit der Eijung der von Kraft hinterlassenen Papiere beschäftigt.

Miß Orton überflog sie mit einem Blick. Dann gehorchte sie dem Befehl des Inspektors, den sehr feindselige Menschen, die in Ketten saßen, zu haben pflegen und wandte sich direkt an Drauf.

„Was ist ein junger Mensch mit einem etwas breiten Gesicht, dessen Wangen und einem Grinsen am Mund. Rabe Belagte von Drauf hatten gesagt, er habe dümmel und leichtsinniger aus, als er in Wirklichkeit ist. Augenblicklich fragte Drauf eine so große Herabwürdigung, Gedankenlosigkeit und Einfall zur Schau, daß die vier dunkelgelbigen Dämonen einen Blick wechselten, mit den Köpfen zuckten und einer von ihnen sich einen Diener schaltete.“

Und gerade an diesen Dämonen wandte sich Miß Orton. Sie trat an ihn heran, hob den Säbel, nahm die Brille ab und schaute ihm in die Augen. Drauf blieb wie hypnotisiert auf seinem Platz sitzen. Miß Orton legte die Brille wieder auf, ließ den Säbel herab und sagte ruhig:

„Ich bin mit einer großen Bitte gekommen. Rodeteller

ist gestorben, sein Vermächtnis muß beim Notar Kraft liegen. Ich möchte den Inhalt des Testaments kennen lernen.“

„Ihr Name?“, fragte Drauf ohne zu zögern und zwinkerte ihr vieldeutig mit einem Blick auf die Dunkelgeheuligen zu.

„Miß Orton.“

„Miß... wie? Burton, Morton... also Orton.“ Er schrieb etwas auf einen Zettel und reichte ihm den Zettel: „Sagen Sie so gut und erziehen Sie den Diener dort an der Tür, daß er Sie direkt zu Senator Gregorio einführt, der zur Übernahme des Amtes des Notars Kraft bevollmächtigt ist.“ — Während er das sagte, zwinkerte er ihr wieder vieldeutig zu, aber dieses Mal meinte er den Zettel.

Miß Orton las das Geschriebene. Im selben Augenblick trat einer der Dunkeligen dicht an sie heran und verneigte, ihr in die Hand zu schauern. Es gelang ihm nicht und er schalt ärgerlich: „Sei Drauf, was haben Sie denn da bei der Miß aufgeschrieben?“

„Meinen eigenen Namen“, mühte sich Miß Orton mit ruhiger und leiser Stimme ein, faltete den Zettel zusammen und legte ihn in ihr Täschchen. „Nebenbei, um ihm dem Diener zu übergeben. Danke Müller Drauf, so heißen Sie doch“, warnte sie sich zu den Sekretär, der wieder keine einfüßige Wiener antwortete hatte, „aber ich brauche den Zettel nicht, hier ist meine Karte.“

Sie zog aus dem Täschchen eine Visitenkarte und gab sie einem der Dunkelgeheuligen.

Der brunnste jählich etwas vor sich hin, funkelte mit seinen lauffeuchten Augen, nahm das Kärtchen und verschwand plötzlich damit hinter der dunklen Eingangstür.

Einige Minuten später kam er zurück. Der Ausdruck seines Gesichtes war ein ganz anderer geworden. Er strahlte vor Lebenswürdigkeit, machte zwei drei Verbeugungen und bat Miß Orton zu Senator Gregorio, wobei er bis zur Türe rückwärts wie ein Exzentriker vor ihr berging. Sie hatte kaum die Eingangstür hinter sich geschlossen, als er eine grüne Mütze vom Haken rief, keinen Kameraden einen Wink gab und Hals über Kopf die Treppe hinunterstürzte. Sofort nahm einer der Dunkelgeheuligen: — der am nächsten am Telefon saß — den Hörer ab, rief leise und unbedeutend eine Nummer und als man ihn verstand, läute er hastig irgendwelcher Rettung mit, „Sie sollte sich einen neuen Hut kaufen.“

Wir wissen nicht, ob diese Mauder dem weisblonden Drauf sonderlich gefielen, da sein Gesicht merklich ruhiger blieb.

Seinem Schatzgefühle nach zu urteilen forsierte er eben besonders sinnvoll die vor ihm liegenden Papiere.

Miß Orton hatte inzwischen die Schwelle des großen Zimmers mit den schwarzen Lehnstühlen und den bunten gotischen Fenstern, in dem einst der Notar Kraft seine Besuche empfangen hatte, überschritten. Sie trat stark hinkend und kränzlich zusammenschauernd ein. Obwohl weder an dem Menschen, der sich im Zimmer befand, noch im Zimmer selbst etwas Auffallendes war, lief ihr in diesem Augenblick ein instinktives Tröpfeln über den Rücken und sie fühlte, wie sich ihre Haare auf dem Kopfe vor Schreden sträubten.

Der schwarzgekleidete Mensch, der vor ihr am Schreibtische saß, stand auf, rüttelte den Sessel weg und verbeugte sich. Er hielt ihre Karte in der Hand.

„Sie sind Miß Orton? Nehmen Sie bitte Platz.“ Es war die banalste Stimme der Welt.

Sie setzte sich, aber es dauerte einige Augenblicke, bis sie sich gefast hatte. Inzwischen betrachtete sie der Unbekannte aufmerksam vom Kopf bis zum Fuß und fragte von neuem:

„Sie sind also Miß Orton? Eine Klientin des verstorbenen Kraft? Womit kann ich Ihnen dienen?“

„Ich bin keine Klientin des Notars Kraft. Ich komme, um Sie um eine große Liebenswürdigkeit zu bitten. Ich weiß, daß Jeremia Rodeteller vor seiner Abreise nach Europa ein Testament hinterlassen hat. Er ist jetzt tot. Können Sie mir Einsicht in sein Testament geben?“

„Nichts leichter als das, Miß Orton. Ich muß Ihnen nur leider mitteilen, daß sich das Testament, von dem Sie sprachen, unter den Papieren Krafts nicht vorzufinden hat. Zudem ist es auch durch das neue Testament des Verstorbenen, das er in Maribon aufgestellt hat, hinfällig geworden. Hier ist die genaue Kopie davon.“

Er reichte Miß Orton ein Schriftstück und das Mädchen las das dem Leser bereits bekannte Dokument. Sie las es ein zweites Mal, dann stand sie auf und gab es dem Unbekannten zurück.

„Ich danke Ihnen. Sie entinnen sich nicht, in den Papieren Krafts auf den Namen Orton gestoßen zu sein?“

„Kraft hat sehr viele Papiere hinterlassen, aber jovic) ich mich erinnere, habe ich Ihren Namen nicht gefunden.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Provinz Einst und jetzt.

Zum Arbeiterlängerefest in Breslau.

Am 1. August 1925 veranstaltet der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, Gau Schlesien, sein fünfziges Gausängerfest in der Jahrhunderthalle zu Breslau. Aus dem umfangreichen Programm wollen wir nur das herausheben, was die Arbeiterlängerevereine am meisten interessieren dürfte. Da wird den Vereinen vorgeschlagen, folgende Veder als Männer-Massenchöre einzulassen:

1. Hymne an die Nacht (mit Orgel) von Beethoven
2. Unser Lied, von G. Ab. Altmann
3. Als gemischte Massenchöre sind vorgeschlagen:
3. Mein eigen soll sie sein, Volkswelle, bearb. v. Othegraben.
4. Abschied vom Wald, von Mendelssohn-Bartholdy.
5. Dreizehn am Randerbach, von W. Weder.

Dieses Programm, welches jedem bürgerlichen Gesangsverein zu unterbreiten, warum sind keine Vederlieder (Kampflieder) in dem Programm? Hat etwa die Arbeiterlängerevereine die kapitalistische Wirtschaft überwunden, daß sie jetzt auf ihren Lorbeeren ausruhen kann, oder hat die Gausleitung vergessen, was die Arbeiterlängerevereine der Arbeiterbewegung schuldig sind? Die Arbeiterlängerevereine werden nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn auch sie sich mit ihrem Vorkommen einreihen in die Front des klassenbewußten Proletariats.

Mit diesem Programm dürfte die Veranstaltung ganz anders ausfallen, als das Gausängerfest 1913 in Breslau. Damals wurden etliche Kampflieder im Massenchor gesungen. Das ist die Arbeiterlängerevereine, die als Zuhörer erschienen waren, aus ihrem alltäglichen Kleinkram heraus, Kampfesmut leuchtete aus ihren Augen. Das wucherte, brandete, kurzum: hier war revolutionäre Bewegung erzeugt worden. So muß es sein, hier hätte die Veranstaltung ihren Zweck erreicht. Deswegen machte auch das Bürgerturn die Polizei scharf auf diese Veranstaltung. Damals bekamen die Arbeiterlängerevereine die Jahrhunderthalle nicht zur Verfügung gestellt. Die Massenchöre mußten in den ungeeigneten Bürgerkassen in Morgenau zum Vortrag gebracht werden.

Starke Polizeiaufgebote empfingen die auswärtigen Arbeiterlängerevereine schon am Bahnhof. Das Oberpostamt war von Polizei besetzt. Die Schützen der Polizei zum Trost brachten am Pfingstmontag 1913 an die 400 Arbeiterlängere dem damaligen Polizeipräsidenten von Breslau ein Ständchen, sie sangen vor seinem Hause die Internationale. Da steckte noch etwas revolutionärer Glanz in den Reihen der Arbeiterlängerevereine und auch die Gausleitung hatte noch etwas Rückgrat.

Der Arbeiterlängereverein „Morgenrot“ Langenbielau besaß sich in seiner letzten Mitgliederversammlung am 3. Januar mit dem zu Pfingsten in Breslau stattfindenden fünfzigsten Gausängerfest. Der Programmablauf wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde einstimmig beschlossen, folgendes Protestschreiben an den Festausschuss des Gausängerfestes zu richten:

Werte Gausängerbrüder!

Nach Einsicht des Programms des Gausängerfestes fühlen wir uns veranlaßt, Protest gegen die aufgestellten Massenchöre zu erheben. In erster Linie gegen die Männerchöre. Wir halten es für unannehmbar, daß bei einem Gausängerfest, wo große Arbeitermassen zusammenströmen, kein einziges Kampflied gehört wird. Wenn wir unseren Sängereifer in dem es heißt, daß unser Lied erschallen soll als Ruf im Kampf für Wahrheit und Recht, hochhalten wollen, sind wir auch verpflichtet, dies in aller Deutlichkeit vor der gesamten Arbeiterlängerevereine zum Ausdruck zu bringen. Wir schlagen als Massenchöre vor: Festgesang, Sturmgesang und das heilige Feuer, alle drei Lieder von Altmann.

In der Mitgliederversammlung, welche von etwa 100 Mitgliedern besucht war, wurde der Beschluß gefaßt, wenn obiges Protestschreiben in bezug auf Umstellung des Programms keinen Erfolg hat, der Veranstaltung fernzubleiben.

Mit Sängereifer!

Arbeiterlängereverein „Morgenrot“ Langenbielau.

Werte Gausängerbrüder in den anderen Arbeiterlängerevereinen: schlicht Euch diesem Protest an. Fordert auch Ihr, daß dieses Programm umgestellt wird. Wir haben keine Ursache, ins fische bürgerliche Jahrwasser zu segeln, sondern wir wollen als Arbeiterlängerevereine unsere proletarische Bewegung auch mit unserem Lied vorwärtsstreben.

Die Neujahrsvorstellung im Stadtparlament Langenbielau.

Auf dem Präsidentenstuhl sitzt der Stütenschluder Feldmann, M. d. R., freudestrahlend Gesichtes. Zu seiner Linken das Stadtoberhaupt. Nach herzlichem Glückwünschen und Händedrüken zwischen den Reaktionen und den Vertretern der „revolutionären, völkerverbindenden Sozialdemokratie“, eröffnet Feldmann die Vorstellung.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und immer erlauben sich die Kommunisten, das Protokoll zu beanstanden, weil das Protokoll nicht den Tatsachen entspricht. Herr Feldmann wird empört und entzieht unserem Genossen das Wort, da seine Worte nicht kritisiert werden dürfen. (Welch unfehlbarer Mann!) Das Protokoll wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Auch der Fabrikbesitzer Dr. Dietrich (Nationalist) stimmt für die Annahme des Protokolls, obwohl er in der letzten Sitzung überhaupt nicht anwesend war und keine Ahnung von der Sache hatte. Als zweiter Punkt wird außer der Tagesordnung der Vorschlag des Mietervereins angenommen, zwei neue Mitglieder in dem Wohnungsausschuss zu bestatigen. Nun kommt der erste Punkt: Auswahl des Vorstandes der Stadtverordnetenversammlung für das Kalenderjahr 1925. — Schade, daß nicht mehr SPD-Arbeiter dabei waren. Die Abstimmung ist geheim. 11 Stadtverordnete sind anwesend. Nun wird gewählt, ohne Vorkläge zu machen! Und leht, wach ein Bild!

Stadtvorstandsvorsitzer: Feldmann (SPD.) 3, Müller (SPD.) 3 Stimmen.

Stellvertreter: Weber (Demokrat) 8, Reichel (SPD.) 3 Stimmen.

Stellvertreter: Geisler (Zentrum) 8, Müller (SPD.) 3, Stellvertreter: Belz (SPD.) 8, Simon (SPD.) 3 Stimmen. Was zeigt das Bild?

Der Stadtvorstand, Sozialdemokrat, Zentrum und Christliche Arbeiter in geheimer Wahl immer für sich und den eigenen Mann. Merkwürdig, höchst merkwürdig! Entsetzt sind also die Herren Stadtväter Geisler, daß es einstimmig die Sache klappert, oder die Stadtväter, die den Sozialdemokraten bis zu den Sozialdemokraten haben in einer Sitzung die Sache gedeckelt. Was, was sagt Ihr Arbeiter dazu? Feldmann und Belz haben sich in der Wahl erhebt. Die Kommunisten gehen mit den Nationalisten Hand in Hand! Wollt Ihr nun noch größere Vorkläge machen? Der andere Teil der Sitzung wurde in Unkenntnis erledigt. Eine Spende von 1000 Mark von einem hiesigen Langenbielauer wird zum Ankauf von Kohlen für die Arbeiter verwendet. Das Inventar der Ortsgroßkassette wird für 4000 Mark an die Kommunisten verkauft. — Zum Bau von einem Arbeiterwohnhaus, vier Familienwohnungen aus der Stadtverordnetenversammlung wird die Bewilligung erteilt. Preis der Baugelände 120000 Mark. — Zur Erziehung eines Friedhofes.

verleht von Langenbielau über Peterswaldau nach Reichenbach wurden 7500 Mark bewilligt unter der Bedingung der Beteiligung der Gemeinden Peterswaldau, Reichenbach und des Kreises.

Arbeiter, kommt und überzeugt Euch von den Menschen, die Ihr ins Stadtparlament gewählt habt. Erscheint in der nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Hier neue Opfer des Kautze-Systems!

Am 5. d. Ms. verunglückten vier Bergleute von der 9. Abteilung des Eugenschachtes Dittersbach dadurch schwer, daß sie von hereinbrechendem Gestein verschüttet wurden. Schuld daran trägt ausschließlich der verlässliche Antreiber Fahrsteiger Kautze, der sich kurz zuvor, nachdem er an anderen Orten wie ein toller Sauhirt getobt hatte, auch an dem Orte, wo die vier verunglückten Kameraden arbeiteten, wie ein Belfegor tobte. Die Kameraden unterließen das sofortige Verhüten eines gefährlichen Punktes und eingeschüchtert schickten sie Kohlen. Kühn mußte Augenzeuge werden, wie die vier verschüttet wurden. Auch fehlt es an ausreichenden Verbandsstrafen auf dem Eugenschacht.

Ein fünfter Kumpel verunglückte am selben Tage auf dem Tiefbauschacht Kilmiz. Euch ändern Arbeitskollegen rufen wir zu: Arbeit in erster Linie auf eure Gesundheit. Laßt Euch von diesen Kautze-Systemen nicht verblüffen!

Beistertwig. Gemeindevertreterversammlung. Die Tagesordnung lautete: 1. Einführung des Gemeindevorstehers August Koppich jun. Da unser Genosse Kautze verzogen ist, mußte Genosse Koppich dafür einspringen. Der Genosse wurde eingeführt mit Handschlag statt Eid. Denn unsere Pflicht ist es ja, nur die Interessen des Proletariats zu vertreten. 2. Antrag des Postagenten Edlich auf Verlegung der Agentur. Da erklärte ein Vertreter der Sozialnationalen, daß sollten wir nicht tun, denn Beistertwig ist ohnehin schon berufen. Man muß sich in Breslau halb schämen zu sagen, daß man aus Beistertwig ist. Da sagte ihm ein Genosse, das gehört nicht zur Tagesordnung, worauf der „Herr“ stuchte. 3. Besuch der Bobelschwingischen Anstalten in Bethel um Bewilligung einer Unterstützung. Darauf erklärte ein Genosse von uns, die Gemeinde kann doch nichts geben, denn wir haben doch kein Geld. Wenn nämlich die Schauslee-Notstandsarbeiter eine Lohnzulage fordern, da hat die Gemeinde niemals Geld, aber für solche Zwecke ist Geld vorhanden. Weiter erklärte unser Genosse, wenn diese Anstalt staatslich eingerichtet ist, dann könnte doch der Staat diese Unterstützung zahlen. Endlich wurden nach langem Hin- und Hergeheiß 5 Mark bewilligt. 4. Bewilligung einer Summe für den Bund erblindeter Krieger (Bezirk Schlesien). Dazu äußerte sich ein anderer Vertreter der Sozialnationalen und erklärte, den Kriegerwitwen sollte man weniger Rente geben, und das Geld lieber den Kriegesblinden geben, die wirklich ihre Knochen fürs Vaterland gegeben haben. Wenn sich nämlich jeder so in der Stille herumgedrückt hätte wie die Sozialnationalen, dann gäbe es keine Witwen und keine Krüppel. Darauf wurden zehn Mark bewilligt. Bei Punkt Beistertwig spielte sich eine ganz lustige Szene ab. Ein SPD-Männlein (Arbeitervertreter) beschwerte sich, daß die Schauslee-Notstandsarbeiter während der Arbeitszeit in den Wald nach Holz gehen, worauf seine eigenen Genossen mit dem Kopf schüttelten. Es beruht natürlich auf Unwahrheit und ein Genosse von uns erwiderte ihm, wenn sich ein Arbeiter wirklich in dem Wald ein Stück Holz holt, um sich den Kaffee oder das Mittagbrot anzuwärmen, so wäre es auch kein Verbrechen. Darauf meinte das SPD-Männlein, das ist ganz egal, wenn sie soviele Zeit dazu in der Arbeit haben, dann herrscht „schöne“ Ordnung in der Arbeit. Na, wenn dieser laubere Arbeitervertreter, der 80 bis 90 Mark verdient, und Sommer und Winter überhaupt nicht arbeitet, ist, dann nur 13 bis 14 Mark verdienen wird, wie wir Notstandsarbeiter, dann wird er auch nicht mehr tun wie wir, und auch keinen großen Rand riskieren. Aber bald kommt der Tag, wo wir mit diesen Arbeiterdemunkanten abrechnen.

Ein revolutionärer Arbeiter.

Nieglitz. Die hiesige Ortsgruppe der SPD. hielt am 6. Januar ihre Mitgliederversammlung ab. Nach dem Tätigkeitsbericht über das verfloßene Jahr fand die Wahl des Vorstandes und der Funktionäre statt. Die Wieder- und Neugewählten sind sich der Arbeit, die geleistet werden muß, voll bewußt. Der Besuch der Versammlung ließ zu wünschen übrig.

Hier stand vor dem Richter ein 73jähriger Arbeiter. Derselbe ist, wie festgestellt wurde, seit dem Jahre 1886 bereits 123mal verurteilt. Er ist diesmal wieder wegen Betrugs zu zwei Wochen Haft verurteilt, die durch die Unteruchungshaft als verbüßt gelten. Entlassen — was nun? Wie schon so oft, müssen wir feststellen, daß nicht der Mann, sondern die herrschende Gesellschaftsordnung schuldig ist.

Die hiesige Zählstelle des Holzarbeiterverbandes glaubte billige Kräfte für SPD-Flugblattverbreiter zu haben, indem sie solche den Unterlasseren mitgab. Für einen unserer Genossen ist es eine starke Zumutung, SPD-Blätter zu verteilen. Da er es selbstverständlich nicht tat, wurde er fassiert, d. h. abgehaut. Ihr Herren vom Verband! Trotz derartiger Maximationen wissen wir, was wir zu tun haben und lassen den Mut nicht sinken.

Reichenbach. Straßentrab. Von einem dreifachen Straßentraber überfallen wurde hier die Gattin des Kommunisten Sommer. Als sie nach Eintritt der Abenddunkelheit von einem Ausgang heimkehrte, sprang direkt vor der Haustür ein unbekannter Mann auf sie zu, verlesete ihr einen Stoß und entriß ihr die Handtasche, mit der er entfloh. Trotz der Hilferufe der Ueberfallenen entkam der Räuber im Schutz der Dunkelheit in den belebteren Nachbarrassen. In der Handtasche erbeutete er über dreißig Mark.

Die Steuererhebungen an die Firma Ohme mit Hilfe des Sozialdemokraten Kleffsch.

Auflösung des Gemeindeparkaments forderte die Einwohnerchaft von Nieder-Salzbrunn am Sonnabend in einer überfüllten Einwohnerversammlung. Genosse Großer gab Bericht über die letzte geheime Gemeindevorstellung und die Steuererhebung an die Firma Ohme. Die Sozialdemokraten entrißeten sich scharf gegen den Betrag, der an den Gemeindegliedern verübt worden ist. Staunen muß man nur über die Kurzsichtigkeit des Sozialdemokraten Schmidt. Er konnte durchaus nicht die Ausführungen des Genossen Graf auseinanderhalten, welche auf die Zustände der SPD im Reichsverbande hinwies. Genosse Graf führte z. B. den Darmstadtfall und den Fall Kalk an, welche doch so deutlich die Korruption zeigen, welche in der SPD steckt. Diese Zustände, welche von den höchsten Stellen der SPD. ausgehen, haben sich natürlich auch auf den Sozialdemokraten Kleffsch in Nieder-Salzbrunn ausgebreitet. Der Sozialdemokrat Schmidt dachte gewiß, durch viele Zwischenrufe unsere Verammlung zu führen, aber er konnte es nicht fertig bringen, denn sein geistiger Herrmann reicht doch nur von Sorgen bis Nieder-Salzbrunn. In der Versammlung wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die am 3. Januar 1925 in der „Eisenbahn“ in Nieder-Salzbrunn tagende öffentliche Einwohnerversammlung erhebt scharfsten Protest gegen den Niebenbeitrag, der an den Wirtschaftlichen Nieder-Salzbrunn verübt wurde durch die Schenkung von 16000 Mark Steuern an die Millitonfirma Ohme, was nur möglich wurde durch Kleffsch, Geisler und Sädler. Während

dieser Gemeindevorstellung nicht für die Vermögen der Armen übrig hat, schenkt sie den Ausbeutern bezahlte Steuern. Die Verammelten geloben, gemeinsam mit den Kommunisten, bis zur endgültigen Durchführung für folgende Forderungen mit ihrer ganzen Person einzusetzen:

1. Sofortige Amtsenthebung von Kleffsch, Geisler und Sädler.
2. Haftverhaftung der Beschuldigten.
3. Bestrafung der Beschuldigten.
4. Sofortige Auflösung der Gemeindevorstellung und Neuwahlen.“

Korruption im Reichsbund Deutscher Mieter.

Landesverbandstag am 1. Februar.

In der „Sächsischen Mieterzeitung“, welche von dem Bundesvorstand Herrmann redigiert wird, gab derselbe bekannt, daß er und Rechtsanwalt Groß durch den Vereinsregistrator zu Vorständen bestellt seien und die anderen nun nichts mehr zu sagen hätten.

In der Zwischenzeit hat sich aber herausgestellt, daß dieser Beschluß durch Vorenthaltung der Wahrheit gewissermaßen erschlichen wurde, und ist demzufolge von Gericht wegen einer neuer Beschluß ergangen, welcher die Zusage in Magdeburg und die dort gefaßten Beschlüsse als zu Recht bestehend anerkennt und die Herren Herrmann und Groß verpflichtet, die Eintragung der in Magdeburg gefaßten Beschlüsse vorzunehmen.

Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:
„In Sachen des Bundes Deutscher Mietervereine e. V. in Dresden, haben die angestellten Erörterungen folgendes ergeben:

Zwecks Bereinigung des Bundes Deutscher Mietervereine, Dresden, und des Deutschen Mieterbundes, Berlin, zu einem Bund ist auf den 13. und 14. September 1924 nach Magdeburg vom Bundesvorstand ein außerordentlicher Mietertag einberufen worden. (Vgl. die Einladung und die Veröffentlichung der Einladung in der „Deutschen Mieterzeitung“ vom 1. September 1924).

Auf diese Mieterlage, und zwar am 14. September 1924 ist einstimmig eine neue Satzung errieter und ein Vorstand nach den neuen Satzungsbestimmungen gewählt worden. (Vgl. die gedruckte Niederschrift über die Satzung vom 14. September 1924, Seiten 17, 18 und 29).

Das Gericht zweifelt nicht daran, daß diese Beschlüsse ordnungsgemäß gefaßt worden sind. Der zur Beschlußfassung über Satzungsänderung zuständige Deutsche Mietertag (13. 9.) die Vorarbeiten erledigt, um wie aus dem an alle Beteiligten gerichteten Appell hervorgeht, morgen (14. 9.) alles daran zu setzen, die Einigung der deutschen Mieterlängerevereine (vgl. den Schluß der Niederschrift über die Verhandlungen vom 13. 9.) hieraus wird angenommen werden, daß die Satzung am 13. 9. nicht endgültig geschlossen, sondern am 14. 9. fortgesetzt werden sollte, denn die ganze Frage der Vereinigung konnte und sollte eben auf einem Mieterlage erledigt werden. Das ist dann auch durch die Beschlüsse vom 14. September 1924 geschehen.

Auch der neugewählte Vorstand — unter ihm die Herren Herrmann und Groß — hat in der Folgezeit die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse und seines Besseins durch seine Handlungen (Herabgabe der neuen Satzung, Berichte über die Beschmelzung, Herstellung von Druckmaschinen mit dem neuen Namen betont und dadurch keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß auch er die auf dem Mieterlage gefaßten Beschlüsse für ordnungsgemäß hält. Insbesondere hat er wiederholt auf den Bundesvorstandssitzungen vom 24. und 25. September und 16. und 17. Oktober 1924 auf Grund der Beschlüsse des Mieterlages und der neuen Sitzung Beschlüsse gefaßt.

Die erst jetzt von den Vorstandsmitgliedern Herrmann und Groß vertretene gegenseitige Meinung erscheint belanglos. Es gewinnt den Eindruck, daß sie sich erst nach der letzten Bundesvorstandssitzung in Berlin vom 15. und 16. Oktober 1924 gebildet hat, wo es zwischen den Vorstandsmitgliedern zu ersten Meinungsverschiedenheiten gekommen ist (vgl. das Protokoll Blatt 1296 unter 5).

Nach alledem sind die Herren Herrmann und Groß als Vorstand des Bundes Deutscher Mietervereine e. V. berufen, die Satzungsänderung und den neuen Vorstand gemäß §§ 67, 71 BGB. zur Eintragung in das Vereinsregister anzumelden, da sie infolge ihrer Bestellung nach § 29 BGB. dieselben Rechte und Pflichten haben, als ein von Vereinsorganen bestellter Vorstand.

Dieser Anmeldung wird bis zum 28. Dezember 1924 entgegengehalten.

Aus diesem Beschluß ist zu ersehen, daß die Dresdener Herren Handlungen begangen haben, die im Organisationsleben einzig dastehen und die ein Bruch jeglicher Disziplin und Demokratie innerhalb der Organisation bedeuten.

Die Mietervereine müssen zum 1. Februar, wo der Sächsische Landesverband einen Landesverbandstag abhält, diesen Leuten endgültig das Handwerk legen.

Magistratsmitteilungen.

Auf unseren Aufruf hin sind bei der vorgenannten Sammlung für die Brandgeschädigten im Bergischen Grundstück folgende Spenden eingegangen: 1. Bezirk, umfassend die Häuser Hauptstraße 1—20 36,40 Mark; 2. Bezirk, umfassend die Häuser Hauptstraße 21—43, und 213—216 83,30; 3. Bezirk, umfassend die Häuser Hauptstraße 44—54 und 204—212, Heinrichsgrunder Weg 1—15 und Melchiorrieding 47,60; 4. Bezirk, umfassend die Häuser Hauptstraße 55—74 und 182—203 105,10; 5. Bezirk, umfassend die Häuser Schweidniger Straße 1—38 79,85; 6. Bezirk, umfassend die Häuser Hauptstraße 75—90 und 100 bis 181 114,80; 7. Bezirk, umfassend die Häuser Amtshausstraße 1—14, Neuhäuser Allee 1—6, Lutherstraße 1—5, Gartenstraße 1—9 116,70; 8. Bezirk, umfassend die Häuser Hauptstraße 91 bis 100 und 165—168, Schulstraße 1—13 95,25; 9. Bezirk, umfassend die Häuser Hauptstraße 101—119 und 152—614 35,65; 10. Bezirk, umfassend die Häuser Schloßbergstraße 1—9, Feldstraße 1—7, Wasserstraße 1—4, Hauptstraße 126—134 77,60; 11. Bezirk, umfassend die Häuser Hauptstraße 120—123 und 143—151, Schulstraße 14—20 72,30; 12. Bezirk, umfassend die Häuser Hainberg 1, Reichstraße 1—2, Dapfstraße 1—3, Hauptstraße 135—142, Bahnhof 1—8, Wärdstraße 556, Kaiser-Friedrichsstraße 1, Bergstraße 1—2 73,10; 13. Bezirk, umfassend die Häuser Ortsteil Bärengrund 69,65; 14. Bezirk, umfassend die Häuser Althain 1—26 und 27 bis Ende 37,30; zusammen 1094,60 Mark.

Ferner sind an größeren Spenden eingegangen: vom der Gemeindefaßt des Steinbohlensbergwerks von Kulms, Waldenburg (Schl.) 100.—; von Herrn Gerhard Richter, Sandburg 50.—; vom Kreisaußschuß Waldenburg 100.— Mark.

Die Verteilung der eingegangenen Spenden sowie der Kleidungsstücke, Waren usw. ist bereits in einer Sitzung des Wohlfahrtsausschusses an die Brandgeschädigten erfolgt. Wir sprechen hiermit, auch im Namen der Brandgeschädigten, allen Gebern sowie den Sammlern unsern herzlichsten Dank aus. Weitere Spenden werden im hiesigen Wohlfahrtsamt gern entgegengenommen, damit den Familien Mitleid und Hilfe, die am meisten von dem Brand geschädigt sind, noch beibringen werden kann.

Dittersbach, den 6. Januar 1925.

Kamens des Wohlfahrtsausschusses der Gemeinde Dittersbach: Tschler, Gemeindevorsteher-Stellvertreter.

Breslau

Achtung! Genossen der Ortsgruppe Breslau!

Die Besprechungen finden wie folgt statt:

Partei Nord: Freitag, den 9. Januar, im Lokal Freier, Michaelstraße 3b.

Partei Zentrum: Sonnabend, den 10. Januar, im „Rote Köpfe“, Kupferstraße.

Partei West: Montag, den 12. Januar, Lokal wird noch bekanntgegeben.

Beginn in allen Lokalen pünktlich 7 1/2 Uhr abends.

Diese Woche hat jeder in seinem Bezirksabend zu erscheinen.

3) Den Parteibeschlüssen müssen die Partei- und Gewerkschaftsbücher mitgebracht werden, auch wenn Beiträge nicht vorhanden sind.

Die Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Breslauer Stadtverordnetenversammlung befand sich in ihrem Hauptpunkt mit der Wahl des Stadtverordnetenrats. Der bisherige Vorsteher, der Sozialdemokrat Bandmann, wurde nicht wiedergewählt, da die republikanischen Zentrumskräfte mehr Wohlgefallen an dem deutschnationalen Monarchisten Dr. Friedrich gewonnen haben. Die Sozialdemokraten sind zwar die stärkste Fraktion, aber die Demokratie läßt ja bekanntlich alle Schiebungen und jeden Kuhhandel zu. So wurde auch als zweiter Vorsitzender des Stadiparlaments aber-

mals ein deutschnationaler gewählt, nachdem wieder das republikanische Zentrum auf diesen Posten zugunsten der Monarchisten verzichtet hat. So steht der Bundesgenosse der Sozialdemokraten aus. Wir werden morgen ausführlich berichten.

Der Deutsche Buchdruckerverband als Kronzeuge.

„Kronzeuge“, Zentralorgan des Deutschen Freien Buchdrucker- und Schriftgelehrtenverbandes, führt in seiner Polemik vom 31. Dezember 1924 gegen die Bestrebungen der sächsischen Gewerkschaftszeitung zur Schaffung einer eigenen Gewerkschaftspartei folgendes aus:

Zur gleichen Zeit, wo der A.O.B. offiziell für die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten eintritt, die parteipolitische Neutralität aus Gründen des allgemeinen Ansehens des Kapitals gegen die Arbeiterchaft also vorübergehend verläßt, kann doch unmöglich eine Neuorientierung auf eine eigene Gewerkschaftsvertretung im Reichstag, die neben der sozialdemokratischen Fraktion existieren würde, aufgeworfen werden.

So gibt dieser reformistische Kronzeuge offen zu, daß der A.O.B. offiziell die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften verlassen hat und demnach die gegen die Kommunisten immer wieder aufgesetzte Lüge von dieser Neutralität — eben nur eine Lüge ist.

Schwarze Listen bei der Reichsbahn.

Die „Allgemeine Deutsche Beamten-Zeitung“ vom 3. Januar 1925 weiß zu berichten:

Kaum ist die Privatisierung der deutschen Reichsbahn erfolgt, tritt ein, was bisher in öffentlichen Betrieben Deutschlands unmöglich war, nämlich die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst

um ihrer Bestimmung willen bis an ihr Lebensende brocken zu machen, wenn sie ihre Bestimmung nicht ändern.

Durch das Amtsblatt der Reichsbahndirektion Stuttgart Nr. 84 wird eine Verfügung veröffentlicht, der wir folgende wesentlichen Bestimmungen entnehmen:

„Arbeiter, die aus dem Reichsbahndienst ausgeschieden sind, dürfen von anderen Dienststellen nicht wieder eingestellt werden, falls sie sich für diesen Dienst als ungeeignet erwiesen haben. Zur Durchführung dieser Bestimmung wird folgendes angeordnet: a) Die zur Entlassung von Arbeitern bei jugendlichen Dienststellen haben der Reichsbahndirektion künftig jeden entlassenen oder freiwillig ausgeschiedenen Arbeiter, der für die Wiedereinstellung ungeeignet ist, zu melden. Die Meldung muß Vor- und Zunamen, Art der Beschäftigung, Geburtsort und Wohnort des Arbeiters, sowie die Gründe für sein Ausscheiden enthalten. Die vorstehende Verfügung gilt gleichmäßig für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die seit dem 1. April 1923 aus dem Eisenbahndienst ausgeschieden sind oder künftig ausgeschieden werden, ohne Rücksicht auf die Art der Beschäftigung, als Beamter oder Arbeiter oder auf die Entlohnung. Die für die rückliegende Zeit nötigen Meldungen sind sobald als möglich zu erstatten.“

Das Streiken ist den Beamten verboten. Aber zugleich raubt ihnen das Kapital alle jene Privilegien, mit denen es bei Raub des Streikrechtes begründete. Das Vorgehen des Kapitals muß die Beamten zu einer Einheitsfront mit den Arbeitern zusammenschließen.

Verantwortlich für den gesamten Text: Erich Glöckner, Breslau; Inserate: Kurt Müller, Breslau. — Verlag: Schließke Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Weubag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Theater

Opernhaus
Schauspielhaus
Städtisches Theater
Theater am Markt
Theater am Hauptbahnhof
Theater am Hauptbahnhof

Veranstaltungskalender.

Die nächste Christbaumfeier findet am Sonntag, den 11. Januar, vorm. 10 Uhr im Büro statt. Die Besprechungen müssen rechtzeitig stattfinden.
Freitag, den 12. Januar, abds. 7.30 Uhr im „Rote Köpfe“ General-Versammlung.
Sonntag, den 11. d. Mts., abds. 6.30 Uhr im „Rote Köpfe“ General-Versammlung.

Kommunistische Jugend

Breslau, Freitag abends 8 Uhr Jellender-Versammlung der Partei-ges. Bewegung im Minoritenhof.

Zuverlässiger Zeitungs-aus-räger

für Domviertel u. Scheitnig gesucht.

Meldungen in der Expedition der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“
Trebniitzer Straße 50, Hof.

Achtung! Amtliche Bekanntmachungen von Weißstein.

U-ige Fahrräder
von 78.— M. an.
Reparaturen sauber und billig.
Reparaturwerkstatt
Gellhornstraße 28.

Arbeitsstube
Arbeitsstiefel
eigene Fabrikation zu Fabrikpreisen bei
Ucko
Zaichenstraße 9.
Barzeiger dieses 5% Rabatt.

Aus geg. Veranlassung weise ich darauf hin, daß die im Amtsbezirk öffentlich angebrachten Feuermelder noch nicht in Benutzung genommen werden dürfen, da der Hauptalarmapparat auf der Polizeiwache noch nicht aufgestellt ist.
Die Fertigstellung und die Ingebrauchnahme des Feuermelders wird öffentlich bekanntgegeben werden.

Weißstein, den 5. Januar 1925.
Der Amtsvorsteher.
W. Hertwig.

Stern und Vormünder hierdurch auf alle mit den genannten Fehlern behafteten Kinder, die das 4. Lebensjahr zurückgelegt haben, unverzüglich im Sinne des § 10 des hiesigen Amtsgebäudes zur Anmeldung zu bringen.

In Frage kommen hierbei, wie schon erwähnt, alle taubstummen und blinder Kinder, ferner alle wegen hochgradiger Taubheit und Schwachsinntum dem Gesetz vom 7. August 1911 (§ 1, Absatz 3 und 4) voraussichtlich unterworfenen Kinder, sowie endlich alle Kinder, die taubstumm und blind zugleich sind, ohne Rücksicht auf den Gesundheitszustand und den Vermögens- und Berufsstand des Eltern.
Weißstein, den 5. Januar 1925.
Der Gemeindevorsteher.
W. Hertwig.

Schauspielhaus
Opernhaus
Tel. Ring 2545.
Täglich 8 Uhr:
In neuer Ausstattung:
Offin Mariza

Herren-Garderobe
fertigt preiswert an
Radlewski
Oderstrasse Nr. 14, III.

Genossen der Ohlauer Vorstadt
kauft eure Tabakwaren bei euren Parteigenossen
Otto Zickler, Zigarrengeschäft
Taubentzenstraße Nr. 181
neben Kohlenhandlung Karl Winkler

Malerarbeiten
führt sauber und preiswert aus:
Kampa, Burgstraße 5 III.

Soeben erschienen:
Parteien und Klassen im Spiegel der Reichstagswahlen
Eine Studie über den Charakter der Parteien als Klassenorgane
Mit statistischem Material über die berufliche Schichtung und die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1907 bis 7. Dezember 1924
Emil Eichhorn
M. v. R.
Die Broschüre ist in 60 Seiten stark (mit Umschlag versehen) und kostet 6 Pfg. Sie haben in der Schließke'schen Verlags-Gesellschaft, G. m. b. H., Breslau, 10, Trebnitzer Straße 5, Abteilung Buchhandlung.

Amtl. Bekanntmachung von Gottesberg.
Nach dem Gesetz vom 7. August 1911 sind blinde Kinder vom vollendeten 6. Lebensjahre, taubstumme Kinder vom vollendeten 7. Lebensjahre, sofern sie genügend entwickelt und bildungsfähig erschienen, verpflichtet, den in den Anstalten für blinde oder taubstumme Kinder eingerichteten Unterricht zu besuchen.
In den blinden und taubstummen Kindern im Sinne dieses Gesetzes gehören auch hochgradig schwachichtige, stumme und erblinde sowie auch taubstumme und zugleich blinde Kinder.
Wir fordern daher die Eltern oder gesetzlichen Vertreter alle mit derartigen Fehlern behafteten Kinder innerhalb des Stadtbezirks Gottesberg auf, diese Kinder, soweit sie bis zum 31. März 1925 das 4. Lebensjahr vollenden und in einer Blinden- oder Taubstummenanstalt nicht untergebracht sind, im Magistratsbüro bis 31. Januar 1925 anzumelden unter Vorlegung des Tauf- und Familienbuches Gottesberg, den 5. Januar 1925.
Der Magistrat.
Dr. Heilmann.

Lieblich Theater
Januar 1925
Täglich 8 Uhr:
Otto Reutter
und das große Januar-Programm
Bestbezüge
Bretter, Strickjaden
Preis aus und billig.
Lellhaus
Trebniitzer Straße 21.

Beachtet unsere Inserenten!

Waldenburg-Altwasser

Bahnhofs-Drogerie
H. HELLMANN
Altwasser
Drogen, Farben, Chemikalien
Seifen und Parfümerien

Papierhaus
FRITZ GRUHN
Sandstraße 3

Paul Hiltman
Waldenburg-Altwasser
Charlottenbrunner Straße Nr. 164
empfiehlt seine
Polster- u. Lederwaren
Eigene Werkstatt

Konfektionshaus
Max Silbermann
Herren- und Knaben-Bekleidung

Photographie
Rudolf Mai
Rathausplatz 10
Anfertigung von erstklassigen Aufnahmen u. Vergrößerungen

P. Heinr. Sindermann
Altwasser
Charlottenbrunner Straße Nr. 24
Weiß-, Woll- u. Schnittwaren

Waldenburger Waffen- und Fahrradhaus
Maschinen-Reparatur-Werkstatt
Kolbe & Guder
Ober-Altwasser
Charlottenbrunner Straße Nr. 152
Telephon 741

Karl Otto
Altwasser
Charlottenbrunner Straße 53
Arbeitsschuhe
Ledersohlen
und Schnellbesohlen

D. KORN
Waldenburg, Friedländer Straße 10
Herren-Konfektion
Alleinverkauf der Firma
Louis Mosberg, Bielefeld

Kolonialwaren
Zigarren und Zigaretten
empfiehlt
Georg Sindermann
Altwasser, Breslauer Straße 58

Kaufhaus
Max Holzer
Waldenburg
Friedländer Straße 10

Reserviert

Paul Brauner, Warenhandlung
Waldenburg-Altwasser
Breslauer Straße Nr. 60
Jeder Raucher probiere meine Rauchwaren
Jede Hausfrau versuche bei mir Wolle, Zwirn, Garn, Seifen und andere Hausgebrauchsartikel

Wirtschaftliche Rundschau

Die deutsche Wirtschaftslage im Dezember.

Nach den Berichten der Preussischen Handelskammern hat sich die deutsche Wirtschaft im Dezember weiter erholt. Liest man jedoch den offiziellen Bericht genauer durch, so ergibt sich, daß der deutsche Kapitalismus trotz der Dawes-Sanierung von einer allgemeinen Konjunktur noch weit entfernt ist, daß es sich bei der Erholung allenfalls um eine Teilkonjunktur handelt.

Diese Teilkonjunktur ist im wesentlichen auf die eisen-erzeugende Industrie, die Roheisen- und Rohstahlproduktion begrenzt. Sie hat zur Folge gehabt, daß der Kohlenabsatz im Ruhrbergbau sich etwas gehoben hat, was sich in einem Rückgang der Feierschichten von 33.707 in der Woche bis zum 6. Dezember auf 15.039 in der Woche vom 21. bis 27. Dezember ausdrückt. Jedoch schon in Oberschlesien hat die Kohlenförderung nicht zugenommen, die Förderbeschränkung des November ist bestehen geblieben und hat allein die Einlegung von Feierschichten verhindert.

Die Belebung der Eisen- und Stahlindustrie geht vor allem auf die mit der Schaffung des Rohstahlkartells und der Bildung eines Verkaufsverbandes für Halbzeug verbundene Produktions-einschränkung zurück. Sie ist also nicht so sehr mit einer Produktionssteigerung, wie mit einer Preissteigerung, hervorgerufen durch die Kontingentierung der Rohstahlerzeugung, bedingt. So sind die Preise für Stabeisen je Tonne von 120 Mark Ende November auf 127 bis 130 Mark Ende Dezember, für Form-eisen von 117 bis auf 127 Mark, für Walzdraht von 132 bis auf 142 Mark, für Mittelbleche von 145 bis auf 170 Mark, für Feinbleche von 180 bis auf 220 Mark gestiegen.

Diese Preissteigerung als Folge der Produktionseinschränkung durch das Kartell hat für die weiterverarbeitende Industrie, insbesondere die Maschinenindustrie, die Krise nicht behoben, sondern im Gegenteil verschärft. Die Erholung in der Eisenindustrie ist mit einer Verschlechterung der Lage in der Maschinenindustrie verbunden:

„Die Bildung des Rohstahlverbandes hat eine Befestigung der Eisen- und Stahlmärkte verursacht, durch die die Absatz-schwierigkeiten der Maschinenindustrie vergrößert werden.“

In der Textilindustrie und den übrigen Industriezweigen hat sich auch nach dem offiziellen Bericht die Lage wenig verändert. Wenn er auf den guten Gang des Weihnachtsgeschäftes hinweist, so zeigen demgegenüber andere Berichte, daß das Weihnachtsgeschäft im allgemeinen den Erwartungen nicht entsprochen hat. Auch der Handelskammerbericht muß zugeben, daß, soweit zu Weihnachten gekauft worden ist, dieser Umsatz nicht auf einer „Stärkung der Kaufkraft“ der breiten Massen beruht.

Der Ausblick, den die Handelskammern für die Zukunft geben, ist weit weniger zuversichtlich, als ihr Rückblick für den Dezember:

„Die außerordentlich ungünstige Handelsbilanz, die 1924 mit mehr als 2 Milliarden Mark passiv ist, mahnt in Verbindung mit der Ungewißheit über das Zustandekommen der Handelsverträge zu einer vorsichtigen Beurteilung der Lage.“

Die Passivität der Handelsbilanz, die Schwierigkeiten sowohl beim Abschluß von Handelsverträgen, wie die Ausplünderung Deutschlands durch die bereits abgeschlossenen Handelsverträge sind in der Tat der Gegenpol zur „Konjunktur“ des Dezember. Die Handelsverträge wie die Passivität der Handelsbilanz sind die Wirklichkeit des Dawespaktes, die Deutschland in ein Land des Kapitalimports, namentlich aus den Vereinigten Staaten, verwandelt. Dieser Kapitalimport mag auf Zeit mit der Belebung des einen oder anderen deutschen Industriezweiges verbunden sein; er führt aber, wie bereits die letzten Monate gezeigt haben, auf die Dauer zu einer immer tieferen Versumpfung der deutschen kapitalistischen Wirtschaft. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß selbst im „Konjunktur-Dezember“ die Zahl der offiziell gezählten Arbeitslosen von 426.400 auf 436.400 gestiegen ist.

Der deutsch-französische Zollkrieg und die internationale Eisen- und Stahlproduktion.

I. Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen stocken und stehen vor dem Abbruch, wenn die nicht schon abgebrochen sind. Beide Parteien rüsten zum Zollkrieg, der mit dem 10. Januar, dem Ablauf der Zollbestimmungen des Versailler Vertrages, einsetzen soll. Deutschland will gegen die elassischen Textilien und das lothringische Eisen, die bis jetzt zollfrei nach Deutschland kamen, die Sätze seines Zolltarifs anwenden, um die französische Schwer- und Leichtindustrie sich gefällig zu machen. Das von dem völkerversöhnenden Herriot regierte Frankreich hat in den letzten Tagen einen neuen Zolltarif beschlossen, der hinter sogenannten Minimalzöllen Hochschutzzölle mit Verdoppelung der Sätze auf Chemikalien, Eisenwaren und insbesondere Maschinen, und auch für Produkte der Elektrotechnik enthält, also seine Spitze gegen Deutschland richtet. Eine Versammlung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten und industrieller Vereinigungen Süddeutschlands hat in Mannheim am 3. Januar gegen diesen französischen Zolltarif, diesen imperialistischen Auftakt für den Zollkrieg, Protest erhoben.

Der deutsch-französische Zollkampf ist innerhalb der Gegensätze des Weltimperialismus, die überall ausbrechen, zugleich ein Teilkonflikt, der mit der Herrschaft über die deutsch-französische Eisen- und Stahlproduktion die Herrschaft über den Eisenweltmarkt entscheiden soll.

II. Dies zeigen ein paar Ziffern über die Weltproduktion an Stahl und Eisen der letzten Jahre. Nach einer Statistik des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat sich die Weltproduktion an Roheisen und Flußstahl in den letzten Jahren wie folgt entwickelt (in Millionen Tonnen):

Jahr	Roheisenerzeugung	Flußstahlerzeugung
1920	62,2	71,58
1921	57,5	44,55
1922	55,4	66,13
1923	68,4	74,60

Für 1924 wird die Erzeugung an Roheisen und Flußstahl auf 70 Millionen Tonnen geschätzt.

Diese Zahlen zeigen ein scharfes Hin- und Herschwenken der Weltproduktion mit Unterschieden bis zu 30 Millionen Tonnen von einem Jahr zum anderen: ein Beweis wieder für die Krisenzuckungen, die die kapitalistische Weltproduktion nach dem Kriege dauernd erschüttert haben. Weiter ergeben die Zahlen, daß die Nachkriegsproduktion selbst in den Jahren ihrer höchsten Leistungsfähigkeit hinter dem letzten Friedensjahre 1913 mit 82,5 Millionen Tonnen für Roheisen und 82,5 Millionen Tonnen für Flußstahl stark zurückbleibt.

Noch charakteristischer als diese allgemeinen Zahlen der Weltproduktion sind die Produktionsziffern der in der Stahl- und Eisenproduktion führenden Länder. Für Deutschland ergeben sich die folgende Ziffern (in Millionen Tonnen):

Jahr	Roheisen	Flußstahl
1913	6,40	8,51
1921	7,85	9,99
1922	9,30	11,72
1923	4,72	6,02
1924 (Januar-September)	5,39	6,86

Für die übrigen Länder stellen sich die Produktionsziffern im Monatsdurchschnitt des letzten Friedensjahres und seit 1922 wie folgt (in tausend Tonnen):

Jahr	England	Frankreich	Belgien	Luxemburg	Ver. Staaten
1913	860	756	207	212	2622
1922	415	436	134	149	2305
1923	430	455	152	117	2417
1924	420	640	240	175	2506

Diese Zahlen unterstreichen sowohl die Deutschland wie für die übrigen Länder das Ergebnis der allgemeinen Weltwirtschaft: die Zurückbleiben hinter der Produktion von 1913. Außer Belgien (für Roheisen und Stahl) und England und Luxemburg (für Stahl) hat keiner der führenden Industrieländer die Zahlen von 1913 erreicht. Dieser Rückgang der Produktion ist in Wirklichkeit noch stärker, als er in diesen Ziffern erscheint. Denn der Krieg und die Geldkrise haben den Produktionsapparat der meisten dieser Länder ange-dehnt. In England sind z. B. die Produktionsanlagen gegen 1913 um 50 Prozent größer.

In Deutschland selbst: es sei, daß, selbst wenn die Eisen- und Stahlproduktion auf die Vorkriegshöhe bringe (1,5 Mil-

lionen Tonnen), wenn die deutsche Schiffbauindustrie wieder zu ihrem Vorkriegsverbrauch von 500.000 Tonnen jährlich zurückkehrt, wenn schließlich die Ausfuhr der eisenverarbeitenden Industrie, die heute 900.000 Tonnen beträgt, wieder auf ihre Vorkriegshöhe von 1,6 Millionen Tonnen gesteigert wird, die Ausfuhr von Großeisen- und Stahlerzeugnissen gegen 1924 immer noch dreifach werden müßte, damit die Produktivität der deutschen Eisen- und Stahlwerke voll ausgenutzt werden könnte.

Darin kommt zum Ausdruck, daß der Weltmarkt für Stahl und Eisen in seiner gegenwärtigen Verfassung für die Produktivität der führenden Industrieländer zu eng geworden ist. Das wird noch deutlicher durch die Verschiebung, die seit dem Kriege und durch ihn in der Ausfuhr von Eisen- und Stahlerzeugnissen der hauptsächlichsten Länder eingetreten ist. In Millionen Tonnen führten aus:

Land	1913	1922	1923	1924
Deutschland	647	265	175	175
England	550	362	451	451
Vereinigte Staaten	113	215	279	279
Frankreich	92	328	290	290

Diese Zahlen hängen: daß die eisen- und stahlerzeugenden Länder verschärft um den Weltmarkt konkurrieren, und daß zugleich mit dieser Konkurrenz die Krise sich verschärft hat.

III. Dieser Konkurrenz soll nun das Eisen- und Stahlkartell abhelfen, indem es nach dem Muster des deutschen Rohstahlkartells und des internationalen Schienenkartells, das vor dem Kriege bestanden hat, die Produktion kontingentiert und den einzelnen Ländern Absatzgebiete zuweist. Aber diese Verständigung ist, wie das bei kapitalistischen und imperialistischen Machtkämpfen nicht anders sein kann, selbst nur ein Mittel zur Durchsetzung der eigenen Profitinteressen des einen Landes gegen das andere. Und weil in diesem Konkurrenzkampf um den Weltmarkt einmal Deutschland und Frankreich gegeneinander konkurrieren, und andererseits England seine frühere Vormachtstellung wieder gewinnen will, so tritt anstelle der Verständigung zunächst der Zollkrieg, der verschärft Konkurrenzkampf.

Die deutschen Schwerkapitalisten, die unter Führung von Krupp, Thyssen, Stinnes das Rohstahlkartell gegründet haben, wollen mittels dieses Rohstahlkartells und der internationalen Vereinbarung sowohl den deutschen Markt für Roheisen und Rohstahl in ihre Gewalt bringen, wie zugleich für die deutsche Eisen-Fertigungsindustrie den französischen Markt erobern. Zu diesem Zweck haben sie dem Pariser Hüttenkomitee angeboten, jährlich eine Million Tonnen französisches Roheisen für das deutsche Rohstahlkartell zu übernehmen, das seinerseits diese Roheisenerzeugung an die weiterverarbeitende Industrie verteilt. Auf diese Weise wollen sie die ganze weiterverarbeitende Industrie von sich abhängig machen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind sie sogar bereit, den französischen Schwerkapitalisten die deutschen Eisenzölle zu vergüten. Als Gegenleistung fordern sie niedrige Zölle für die deutsche Fertigungsindustrie.

Die französischen Schwerkapitalisten, die bereits einen großen Teil des Roheisenmarktes in Westfalen und Süddeutschland an sich gebracht haben, fürchten, wenn das deutsche Rohstahlkartell als sein einziger Abnehmer in Deutschland anerkannt wird, ihren Markt in Deutschland zu verlieren. Sie fürchten zugleich, wenn der deutschen Fertigungsindustrie Minimalzölle bewilligt werden, deren Konkurrenz. So lassen sie ihre Regierung auf den Vorschlag der deutschen Schwerkapitalisten und die Zollkriegsdrohung der deutschen Regierung mit den erwähnten Minimalzöllen antworten, der Hochschutzzölle einführt.

Die englischen Schwerkapitalisten, deren Führer Baldwin die Regierungsgewalt in der Hand hat, scheinen vorläufig wenig Lust zu haben, sich an den internationalen Kartellverhandlungen zu beteiligen. Das können aber keinen Verzicht auf die Weiterführung seines Konkurrenzkampfes. Es will im Gegenteil seine Versuche, die Verschiebungen in der internationalen Eisen- und Stahlproduktion zu seinen Gunsten zu nutzen, mit allen imperialistischen Machtmitteln, die ihm zur Verfügung stehen, fortsetzen. Dazu dienen ihm vor allem die Industrieschutzzölle, die Baldwin im Unterhaus angekündigt hat, damit sie dem englischen Handel eine andere Richtung geben.

Der Dawes-Frieden des Jahres 1924, die Periode der friedlichen Verständigung durch Handelsverträge, umschloß also in Wirklichkeit eine scharfe Zuspitzung der imperialistischen Konkurrenz, die gerade auf den europäischen Gebiet der Weltkapitalisten der Schwerindustrie. Die Kräfte des Zollkrieges sind also die Verständigung, der Schutz zölle sowohl wie der Industrieschutz zölle sind die Werkzeuge der imperialistischen Konkurrenz. Die Verständigung durch Handelsverträge und die Industrieschutz zölle sind die Werkzeuge der imperialistischen Konkurrenz. Die Verständigung durch Handelsverträge und die Industrieschutz zölle sind die Werkzeuge der imperialistischen Konkurrenz.

Die Konferenz der interalliierten Finanzminister.

Reparationskonflikte und interalliierte Schulden. Die Konferenz der interalliierten Finanzminister tritt, nachdem im Dezember die interalliierten Finanzsachverständigen vergeblich versucht haben, sich über die Reparationsfrage zu verständigen, heute in Paris zusammen. Sie hat eine offizielle und eine inoffizielle Tagesordnung. Auf jener steht die Regelung der Reparationsfrage — die Verteilung der Dawes-Beute; auf dieser die Frage der interalliierten Schulden.

Bei der Reparationsfrage sind zwei Punkte zu erwähnen: zunächst die Verteilung der Einnahmen des ersten Dawesjahres; hier soll die Befriedigungsfrage des bevorzugten Belgiens geregelt werden. Die zweite, die Hauptfrage, ist die der Beteiligung der Reparationsgläubiger an dem Reparationserlös. Hier ist ein bisher noch nicht beigelegter Konflikt entstanden: Amerika will an den Reparationseinnahmen auch über den Ersatz der Kosten für seine Besatzungstruppen hinaus beteiligt sein. Frankreich und Belgien stimmen diesem Anspruch Amerikas zu, während England ihn noch zuletzt in einer der letzten Woche abgedungen Note bestritten hat. Wie die Entscheidung fallen wird, ist jetzt noch nicht abzusehen. Jedenfalls bedeutet die Anmeldung der Ansprüche Amerikas auf einen Teil der Reparationseinnahmen den entschlossenen Willen der Vereinigten Staaten, nicht nur durch den Dawes-Pakt mit Deutschland, durch die kommende Dawesierung Frankreichs und durch seine Kredite ganz Europa zu kolonisieren, sondern auch die Kontrolle über die Reparationseinnahmen durch Teilnahme an deren Verteilung ganz in die Hand zu nehmen.

Wie schwieriger liegt die Frage der interalliierten Schulden, weil hier die imperialistischen Gegensätze mit voller Schärfe zusammenprallen. Ueber die Höhe und die Verteilung der Schulden und Forderungen der einzelnen interalliierten Staaten ist in der Wirtschaftsbeilage Nr. 60 („Rote Fahne“ vom 16. Dezember 1924) berichtet worden.

Jetzt hat Frankreich unmittelbar vor dem Zusammentritt der interalliierten Finanzministerkonferenz durch seinen gestern in der „Rote Fahne“ mitgeteilten Schuldentilgungsvorschlag an Amerika den ersten Schritt zur Eröffnung der Diskussion getan. Es will nach einem Moratorium von 10 Jahren in 80 sich steigernden Jahresraten seine Schulden an die Vereinigten Staaten tilgen und als Zinssatz seinem Gläubiger ein halbes Prozent konzedieren. Ueber die Bedeutung, die hinter diesem Vorschlag steckt, hat sich nach einer Mitteilung der „Prager Presse“ vom 3. Januar der französische Finanzminister Clémentel geäußert: Die Regelung der französischen Schulden soll der Ausgangspunkt für eine Art

Dawes-Plan für Frankreich werden, dessen Unterschied zum deutschen Dawes-Pakt nur darin besteht, daß die französischen Schwerkapitalisten die Finanzkontrolle des amerikanischen Großkapitals freiwillig übernehmen. Insbesondere soll eine Transferkommission, die ja auch im deutschen Dawes-Pakt der Ausdruck für den Verlust der deutschen Finanzhoheit ist, die Höhe der von Frankreich zu leistenden Ratenzahlungen bestimmen.

Damit wird von der französischen Regierung als der Geschäftsführerin des französischen Großkapitals selbst zugegeben, daß sie dank der Finanzschwierigkeiten der französischen Republik, dank der Gefährdung der französischen Valuta, die seit Jahren nur auf den Krücken des Dollars sich hält, bereits so in die Finanzklaverei des amerikanischen Großkapitals verstrickt ist, daß ein Dawes-Pakt für Frankreich nur noch die Legalisierung dieser Finanzklaverei ist.

England hat auf den französischen Tilgungsvorschlag sofort reagiert indem es erklärt hat, daß jede Zahlung Frankreichs an Amerika entsprechende Zahlungen Frankreichs an England auslösen müßte. Wenn Frankreich an Amerika zahlt, so soll es auch, nachdem England bereits seit über einem Jahr 30 Millionen Pfund jährlich an die Vereinigten Staaten tilgt, auch an England zahlen.

Indem England so seine Ansprüche gegen Frankreich anmeldet, indem es scheinbar einer milden Behandlung Frankreichs durch Amerika zustimmt, will es seinerseits verhindern, daß das amerikanische Großkapital Frankreich allein von sich abhängig macht. Es will neben und mit den Vereinigten Staaten an den Schuldenregulierung teilnehmen. Wenn Frankreich schon dawesiert werden soll, so will England im Dawes-Komitee Frankreichs sitzen, genau wie Frankreich im Dawes-Komitee Deutschlands sitzt. Zugleich ist der finanzielle Druck Englands und Amerikas auf Frankreich der Versuch, Frankreich in die Front gegen Rußland einzureihen.

Auch hier, auf dem Gebiet der interalliierten Schulden und der Reparationsleistungen, statt Verständigung und Frieden neue imperialistische Konflikte, verbunden mit neuen Vorstößen des Weltimperialismus gegen die Werkzeuge Europas, die noch tiefer versinkt werden sollen.

Frankreichs Kohlenenerzeugung und Einfuhr.

Frankreichs Kohlenenerzeugung und Einfuhr sieht sich in den letzten Jahren wie folgt (in Tonnen):

Jahr	Erzeugung	Einfuhr
1913	40.129.000	22.866.000
1914	29.786.000	17.539.000
1919	22.476.000	23.787.000
1920	25.274.000	33.332.000
1921	28.240.000	24.160.000
1922	31.915.000	30.467.000
1923	38.576.000	31.805.000
1924	45.550.000	35.280.000

Aktive russische Handelsbilanz.

Rußlands Außenhandel im Oktober hatte einen Gesamtwert von 113 Millionen Goldrubel bei einem Ausfuhrwert von 24 Millionen Goldrubel und einem Einfuhrwert von 193 Millionen Goldrubel. Die Aktivität der Handelsbilanz betrug in diesem Monat also 47 Millionen Goldrubel. Die Ausfuhr Rußlands setzte sich zusammen aus 7 Millionen Goldrubel Holz und Holzwaren, 32 Millionen an Petroleum, 400.000 Goldrubel an Fertigfabrikaten und 72 Millionen Goldrubel an verschiedenen anderen Waren. Damit verlor die russische Handelsbilanz im Oktober — eine unmittelbare Folge des Dawes-Kredits.